

Was ist eigentlich eine DULDUNG?

Silke Dietrich

Die Duldung ist die „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“. Sie ist in § 60a des Aufenthaltsgesetzes geregelt und gehört zum schwierigsten Kapitel bundesdeutscher Ausländerpolitik. Tausende Menschen werden mit Duldungen Jahre und Jahrzehnte im Status: illegal - aber nicht strafbar, gehalten. Hier erhalten Sie eine Zusammenfassung der Rahmenbedingungen eines Lebens mit Duldung.

Basisinformationen

- Eine Duldung ist kein Aufenthaltstitel. Sie ist eine Bescheinigung darüber, dass die Betroffenen ausreisepflichtig sind, aber eine Abschiebung zurzeit nicht durchgeführt wird.
- Eine Duldung ist unsicher - Geduldete sind ständig von Abschiebung bedroht. Eine Duldung kann zwischen wenigen Tagen bis zu sechs Monaten gültig sein. Erst nach einjähriger Duldung muss die geplante Abschiebung von der Ausländerbehörde einen Monat vor Vollzug angekündigt werden.
- Eine Duldung sagt nichts darüber aus, warum und wie Menschen nach Deutschland gekommen sind.
- Eine Duldung sagt nichts über einen vorigen Aufenthaltsstatus aus.
- Menschen jeden Alters, Familienstandes, Gesundheitszustandes usw. können geduldet sein: in Deutschland geborene Kinder, alleinstehende Minderjährige, Familien, alte Menschen etc.
- Die Ausländerbehörde kann Bedingungen und Auflagen anordnen, ebenso Maßnahmen, welche die „Bereitschaft zur Ausreise fördern“ sollen.
- Da Illegalität im Rechtssystem nicht vorgesehen ist, muss die Ausländerbehörde eine Duldung erteilen, wenn Abschiebung rechtlich oder tatsächlich (z. B. fehlende Papiere, keine Verkehrsanbindung) unmöglich ist.
- Duldungen erlöschen bei Ausreise.

Sozialleistungen und Unterbringung

- Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe besteht nicht. Eine Duldung bedeutet ausnahmslos Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).
- Leistungen nach dem AsylbLG sind deutlich niedriger als ALG 2-Leistungen (für eine alleinstehende Person im Wert von ca. 200 € monatlich statt 345 €).
- Leistungen nach dem AsylbLG können als Sachleistungen (Kantinenversorgung, Gutscheine, Esspakete) ausgegeben werden. Lediglich ca. 10 € wöchentlich sollen in bar ausgezahlt werden.
- Asylbewerberleistungen können im Rahmen des Ermessens gekürzt und gestrichen werden.
- Das AsylbLG gewährt nur Anspruch auf eingeschränkte medizinische Versorgung. Der Nachweis über die akute Notwendigkeit der Behandlung ist zu erbringen.



Familie D. aus dem Kosovo hatte da mehr Glück ...

Die Familie reiste 1993 aufgrund des herrschenden Krieges nach Deutschland ein. Das Asylverfahren wurde rechtskräftig abgelehnt. Alle 3 Kinder der Familie sind in Deutschland geboren und inzwischen 12, 8 und 6 Jahre alt. Herr D. arbeitet. Die Familie bezieht keinerlei öffentliche Leistungen und ist in der örtlichen Gemeinde allseits bekannt und vorbildlich integriert. Eine Tochter leidet an Allergien und Asthma, ein weiteres Kind wurde wesentlich zu früh geboren und erlitt Hörschäden, das dritte Kind leidet an einer hochgradigen Insektengiftallergie. Dennoch und obwohl kosovarische Behörden bescheinigten, dass die Kinder dort nicht behandelbar seien, erhielt die Familie im Jahre 2001 die Ausreiseaufforderung und eine Grenzübertrittsbescheinigung. Sie sollten Deutschland verlassen. Große Verzweiflung griff Raum in der Umgebung der Familie. Nachbarn, Freunde, der Kindergarten und die Schule konnten das Verhalten der Behörden nicht nachvollziehen.

Glücklicherweise hatte die Familie Freunde, die sie immer wieder unterstützten, sei es bei der Beschaffung allergiege-rechter Einrichtungsgegenstände, im Umgang mit Behörden, beim Einreichen einer Petition an den Hessischen Landtag, bei Besuchen des Rechtsanwaltes und immer wieder mit Gesprächen und Zuwendung und durch Unterstützung der Kinder in der schwierigen Lebenssituation. Glücklicherweise hat Herr D. seinen Job nicht verloren und einen verständnisvollen Chef.

Inzwischen sind die Kinder aus ihren Lebenswelten nicht mehr heraus zudenken, sprechen akzentfreies Deutsch und erleben Deutschland als ihre Heimat. Im März 06 befand die Hessische Härtefallkommission, dass der Familie ein Bleibe-recht nach § 23a AufenthG zugestanden werden sollte.

Ach, gäbe es doch mehr solcher Entscheidungen.....

Von Amts wegen desintegriert

Herr B. ist 1992 vor der Diktatur in Togo, die er aktiv mit politischen Aktionen bekämpft hatte, geflohen. Das Bundesamt glaubte ihm seinerzeit nicht und lehnte den Asylantrag ab. Seither hatte er eine Duldung, die ihm jahrelang auch die Erwerbstätigkeit gestattete. Er arbeitete 8 Jahre lang unentwegt in derselben Firma.

Die Arbeitsgenehmigung wurde ihm 2003 entzogen. Die Klage hiergegen wurde abgewiesen. Ein Abschiebungsversuch 2003 scheiterte, weil die Polizei ihn nicht zuhause angetroffen hatte. Ein Asylfolgeantrag, der 2003 gestellt worden war, wurde im Frühjahr 2006 mit Abschiebeschutz nach § 60.5 beschieden. Begründung: die Verfolgungssituation in Togo habe sich nach den Wahlen 2005 deutlich verschlechtert, von einer Gefährdung bei Rückkehr sei auszugehen, zumal er wegen herausragender exilpolitischer Aktivitäten den togoischen Behörden bekannt sein dürfte.

Sowohl das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) als auch Herr B. legen Berufung ein. Die Berufung des BAMF wird abgewiesen, der Berufung Bs. Wird stattgegeben und Prozesskostenhilfe bewilligt. Der Fall ist nun beim OVG anhängig.

Die Entscheidung nach § 60.5 AufenthG ist auf jeden Fall schon mal nicht mehr zu unterschreiten.

B. hat keine Straftaten begangen und ist sehr gut integriert. Zahlreiche deutsche Freunde, Nachbarn, Mitbürger seiner „Heimatgemeinde“ Hüttlingen haben sich für sein Bleiberecht eingesetzt.

Herr B. hatte von 1995 bis zum Arbeitsverbot 2003 ununterbrochen beim gleichen Arbeitgeber gearbeitet. B. der sich in diesen 8 Jahren unabhängig von Unterstützung selbst versorgt hatte, privaten Wohnraum bewohnt, ein Auto besessen und sogar eine Lebensversicherung abgeschlossen hatte, lebt nun von Leistungen nach dem AsylbLG (Asylbewerberleistungsgesetz) in obdachlosenrechtlicher Unterbringung. Das Auto musste verkauft, die Versicherung zum Schleuderpreis aufgelöst werden. Ein Kleinkredit für das Auto, den B. längst hätte abzahlen können, wenn er hätte arbeiten dürfen, wächst mit immensen Zinsen ins Uferlose.

Inzwischen konnte er nach massivem Einsatz seines Anwaltes die Arbeit in der alten Firma wieder aufnehmen. In den 3 Jahren seiner erzwungenen Arbeitslosigkeit hat er alles verloren, was er sich in mühsamer Arbeit aufgebaut hatte. Er fängt jetzt mit erheblichen Schulden wieder von vorn an und es fehlen ihm 3 Jahre Rentenbeiträge. Niemand wird ihm den entstandenen Schaden ersetzen.

*Helga Groz, Sprecherrat
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*

- Erst nach 3 Jahren Leistungsbezug ist eine Verbesserung der Situation möglich, wenn den Betroffenen nicht vorgeworfen wird, dass sie die Dauer des Aufenthaltes selbst beeinflusst haben. Die Höhe der Leistungen orientiert sich dann am Sozialgesetzbuch, Kürzungen und Streichungen sind weiterhin möglich.

- Anwaltliche Beratung muss von den Betroffenen selbst finanziert werden.

- Mit einer Duldung besteht keine rechtliche Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen (in Baden-Württemberg erst nach 12 Monaten Duldung). Der Antrag auf eine Wohnung kann abgelehnt werden. Die Unterbringung in einer Unterkunft kann als Auflage erteilt werden. Diese Maßnahmen häufen sich, da die Unterkünfte nicht ausgelastet sind.

- Die Ausländerbehörde kann den Umzug in ein sogenanntes Ausreisezentrum anordnen („Förderung der Bereitschaft zur Ausreise“).

Räumliche Beschränkung

- Die Räumliche Beschränkung ist für Geduldete zwingend auf das Gebiet des Bundeslandes beschränkt. In der Regel wird Geduldeten pauschal verboten, den Kreis der zuständigen Ausländerbehörde zu verlassen.

- Abgesehen von einigen Gerichts- und Behördenterminen müssen Geduldete die Verlassenserlaubnis persönlich bei der Ausländerbehörde beantragen und begründen. Der Antrag kann abgelehnt werden.

- Eine Reise ohne Erlaubnis gilt als Verstoß und wird mit Bußgeld und Strafe geahndet.

Familie

- Familiennachzug aus dem Ausland zu Geduldeten ist nicht erlaubt.

- Geduldete können Ehen und Lebenspartnerschaften eingehen, wenn sich beide Personen in Deutschland befinden und alle erforderlichen Papiere vorlegen. Gleiches gilt, wenn eine der beiden Personen deutsche Staatsangehörige ist.

- Für eine Eheschließung beschaffte Papiere können durch die Ausländerbehörde für andere Zwecke verwendet werden.

- In Deutschland geborene Kinder Geduldeter erhalten in der Regel ebenfalls eine Duldung.

Bildung

- In manchen Bundesländern gilt für geduldete Kinder keine und Jugendliche keine Schulpflicht. Allerdings werden sie in der Regel beschult und können sich auf das Schulrecht berufen.

- Nach der Schulpflicht, bzw. nach dem 18. Geburtstag, können Geduldete öffentliche Schulen besuchen. Die Schulen sind nicht verpflichtet, sie aufzunehmen. Zuschüsse für Lehrmaterial, Fahrtkosten usw. sind nicht vorgesehen.

- Geduldete müssen Deutschkurse selbst finanzieren, einschließlich der Fahrtkosten. Dies gilt ebenso für andere Bildungsmaßnahmen. Ein Anspruch auf kostenfreie Teilnahme an Integrationskursen besteht nicht.



- Geduldeten ist die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, die durch ARGE oder Arbeitsagentur gefördert werden, nicht erlaubt.
- Im Prinzip ist die Aufnahme eines Studiums möglich. Die üblichen Aufnahmevoraussetzungen müssen erfüllt sein. Zuschüsse für Lehrmaterial, Fahrtkosten, Studiengebühren gibt es nicht. Ein Verbot des Studiums kann durch die Ausländerbehörde per Auflage erteilt, bzw. die Reiseerlaubnis verweigert werden.
- Zur Führerscheinprüfung können Geduldete zugelassen werden, wenn die Ausländerbehörde die Identität bestätigt. Dann reicht die Duldung als Ausweisersatz aus. Unterricht und Gebühren müssen selbst finanziert werden, Reiseerlaubnisse für Überlandfahrten etc. sind erforderlich.

Arbeit

- Für Geduldete sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung laut Aufenthaltsgesetz nicht gestattet. Ausnahmen sind in der Beschäftigungsverfahrensverordnung geregelt und werden in einem Antragsverfahren geprüft.
- Erst nach einem Jahr Aufenthaltsgestattung oder Duldung können Betroffene überhaupt eine Arbeitserlaubnis erhalten. Im Rahmen ihres Ermessens kann die Ausländerbehörde zustimmen. Voraussetzung ist, dass den Geduldeten nicht vorgeworfen wird, sie seien wegen Leistungsbezuges eingereist, oder hätten die Verhinderung der Abschiebung selbst verursacht.
- Für Geduldete ist der Arbeitsmarktzugang „nachrangig“. Sie müssen der Ausländerbehörde ein konkretes Arbeitsangebot nachweisen und können nur dafür eine Arbeitserlaubnis beantragen. Stimmt die Ausländerbehörde zu, fordert sie in einem verwaltungsinternen Vorgang die Zustimmung der Agentur für Arbeit. In einer Arbeitsmarktprüfung wird u. a. untersucht, ob Deutsche, EU-Ausländer, Menschen mit Aufenthaltserlaubnis und Niederlassungserlaubnis für diese Stelle zur Verfügung stehen.
- Ausnahmen können im Einzelfall fundiert begründet beantragt werden.
- Für eine betriebliche Ausbildung, einen (Ferien-) Job, eine ehrenamtliche Beschäftigung ... für jede Arbeit benötigen alle Geduldeten, auch Jugendliche, die Zustimmung der Ausländerbehörde und ggf. der Arbeitsagentur.

Silke Dietrich ist Koordinatorin des Projektes INFONET beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. in Kiel (www.infonet-frsh.de).

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg

Wir erinnern uns: Im November 1999, der militärische Einsatz der Nato im Kosovo war noch keine 3 Monate beendet, da beschloss die Innenministerkonferenz, die „zügige Rückkehr der Kosovo- Kriegflüchtlinge“ einzuleiten, mit dem Ziel diese bis zum Jahresende 2000 „im Wesentlichen“ abgeschlossen zu haben. Zwangsmaßnahmen zur Rückführung sollten in größerem Umfang ab Frühjahr 2000 durchgeführt werden.

Rexhep war mit seiner Frau und 3 Kindern im Frühjahr 1992 nach Deutschland gekommen. Sein Asylantrag wurde zwar abgelehnt, aber sein Aufenthalt wurde wegen der anhaltenden Unruhen in seiner Heimat geduldet, denn Rexhep hatte Arbeit gefunden und ernährte seine Familie, ohne Hilfe des Sozialamtes in Anspruch zu nehmen.

Jetzt aber wurde auch er aufgefordert, Deutschland mit Frau und Kindern zu verlassen. – Ein 4. Kind war 1993 in Deutschland zur Welt gekommen. Im Kosovo hatte die Familie weder eine Unterkunft noch Aussicht auf Arbeit.

Es wurde ein Plan ausgearbeitet, wie die Familie nach der Rückkehr nicht in das absolute Nichts fallen würde:

Aufgrund der 4 Kinder und der Tatsache, dass Rexhep während seines Aufenthalts in Deutschland immer gearbeitet hatte, erhielt er über das „60 Häuser- Programm“ der Ev. Landeskirche Baden Geld zur Beschaffung von Baumaterial, um ein Haus mit 2 Zimmern und einer Nasszelle zu errichten.

Unsere Bürger-Initiative brachte durch Spenden und Benefiz-Veranstaltungen ebenfalls Geld auf, so dass der Familiengröße entsprechend, der Bau mit zwei weiteren Zimmern geplant werden konnte. Inzwischen war allerdings der Herbst 2000 schon fast vorbei und der 2. Nachkriegswinter stand im Kosovo bevor.

Rexhep ließ sich überzeugen, sich vorübergehend von seiner Familie zu trennen, um den Bau des Hauses vorzubereiten. Die Ausländerbehörde stimmte zu, dass er in der 1. Januar-Dekade 2001 ausreist, der Rest der Familie aber bis zum Schuljahresende in Deutschland verbleiben durfte.

Das erstgeborene Kind, die Tochter Shipe, war eine überaus hervorragende Schülerin. Sie besuchte die Realschule, die sie aber erst im Juli 2002 abschließen würde. Die Ausländerbehörde hatte zwar Verständnis, dass das für Shipe und ihre Zukunft wichtig ist. Sie war aber nicht bereit, der Familie den Aufenthalt für ein weiteres Jahr zu gestatten, obwohl der Vater diese Zeit benötigen würde um das geplante Haus zu bauen. Der Schulleiter, die Sozial-Betreuerin und der Vater suchten gemeinsam einen Weg, Shipe dennoch die Mittlere Reifeprüfung zu ermöglichen.